

20.03.2010

## **Solidarität gegen rechte Gewalt: Wetzlarer stehen zusammen gegen Neo-Nazi-Terror**

Am vergangenen Freitag, dem 19. März 2010, hat in Wetzlar ein breites Bündnis aus Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen und Organisationen in einer Demonstration seine Solidarität mit dem Pastoralreferenten der katholischen Kirche, Joachim S. und seiner Familie, die in der Nacht vom 5. März 2010 Opfer eines Brandanschlages wurden, bekundet.

Circa 1.000 Menschen folgten einem öffentlichen Aufruf unter dem Motto "Wetzlar bunt statt braun", der von Politikern verschiedener Parteien aus Land, Kreis und Stadt, Kirchenvertretern, Migrantenverbänden, dem Ausländerbeirat, Schulen und Gewerkschaftlern und Personen des öffentlichen Lebens unterzeichnet wurde.

"Die Tat ist noch nicht aufgeklärt, doch es gibt Vermutungen, dass sie einen rechten Hintergrund hat. Mit dieser Demonstration haben wir ein Zeichen gegen rechte Gewalt in Wetzlar und alle Versuche, demokratische Stimmen durch Angst und Schrecken mundtot zu machen, gesetzt. Wetzlar ist bunt und bleibt bunt", sagt Mürvet Öztürk, Mitunterzeichnerin des Aufrufs, Landtagsabgeordnete für Bündnis 90/DIE GRÜNE und Mitglied der Kreistagsfraktion Lahn-Dill.

"Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Demo möchte ich für Ihren Einsatz danken. Das öffentliche Einsteigen für unsere Demokratie, gegen Rechtsextremismus und rechte Gewalt in Wetzlar ist ein wichtiges Zeichen. Wetzlar soll Modellregion für Integration sein, daher darf extremistischem Gedankengut kein Raum geboten werden. Die demokratischen Bürger in Wetzlar, die nicht an der Demo teilnehmen konnten, sind weiterhin aufgerufen, im täglichen Leben gegen die Verbreitung von Faschismus, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie zu kämpfen", betont Öztürk.

Es sei wichtig, gemeinsam und jenseits aller parteipolitischen Fraktionen weitere Überlegungen anzustrengen, wie gegen das Phänomen des Extremismus und der offensichtlich zunehmenden Gewaltbereitschaft anzugehen sei. Eine mutige Zivilgesellschaft, die "Nein zu Rechts" sagt ist genauso wichtig, wie ein überparteiliches Engagement. Sie sei zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften bereit und hoffe auf einen Diskurs auf allen gesellschaftlichen Ebenen.